

Für die CDU-Fraktion begründete Herr Müller den Antrag.

Frau Bergmann-Gries von der SPD-Fraktion berichtete, dass sie für die verhinderte Ortsvorsteherin von Birlinghoven, Frau Heike Borowski, die Bitte weitergebe, dass in diesem Fall entsprechend ihrem Antrag die Schlossstraße in Birlinghoven betreffend verfahren werden soll.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! erinnerte daran, dass die Ortseingangsschilder seinerzeit auf seine Intervention hin bereits ein wenig vorverlegt wurden. Er befürworte daher, hinsichtlich einer Verlegung einen erneuten Versuch zu starten.

Herr Steinkamp von der Verwaltung teilte mit, dass im CDU-Antrag selbst bereits auf die Regelung der Straßenverkehrsordnung bezüglich der Ortseingangsschilder hingewiesen wurde. Nichts anderes könne auch die Straßenverkehrsbehörde des Rhein-Sieg-Kreises aussagen. Die Anordnung der Ortseingangsschilder sei seinerzeit im Zusammenhang mit der örtlichen Straßenverkehrsbehörde der Stadt Sankt Augustin erfolgt. Die damalige fortschreitende Bebauung an der Frankfurter Straße habe einen Grund zur Versetzung gegeben. Auch wenn die Bebauung jetzt weiter in Richtung Hennef gegangen sei, gebe es nach der Straßenverkehrsordnung keine Möglichkeit zur Verlegung. Grund sei auch, dass die Häuser nicht über die Frankfurter Straße, sondern über die Bülsenstraße erschlossen seien. Dies hindere nicht, das weiße Schild „Buisdorf“ aufzustellen. Dieses habe aber keine rechtliche Bedeutung. Eine offizielle Ortseingangstafel könne aus den eben erwähnten Gründen jedoch nicht vorgezogen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Müller bezüglich der Aufstellung der Partnerschaftsschilder teilte Herr Steinkamp mit, dass diese keine verkehrsrechtlichen Bedeutungen haben und man sie im Einvernehmen mit dem Straßenbaulastträger vorziehen könnte. Dieses sei jedoch Angelegenheit des Fachbereiches 3 „Kultur und Sport“. Er werde eine entsprechende Mitteilung an die Kollegen geben.

Zu einem Hinweis seitens Herrn Züll von der FDP-Fraktion zur Anbringung von Schildern mit der Aufschrift „Wissensstadt+“ teilte Herr Gleß von der Verwaltung mit, dass es Aufgabe des Stadtmarketingkonzeptes sei, über solche Fragen der identitätsfördernden Maßnahmen zu befinden. Dieses sei mit dem Auftragnehmer bereits besprochen worden.

Nunmehr teilte Herr Müller mit, dass sich mit den Ausführungen der Verwaltung der CDU-Antrag erledigt habe.